

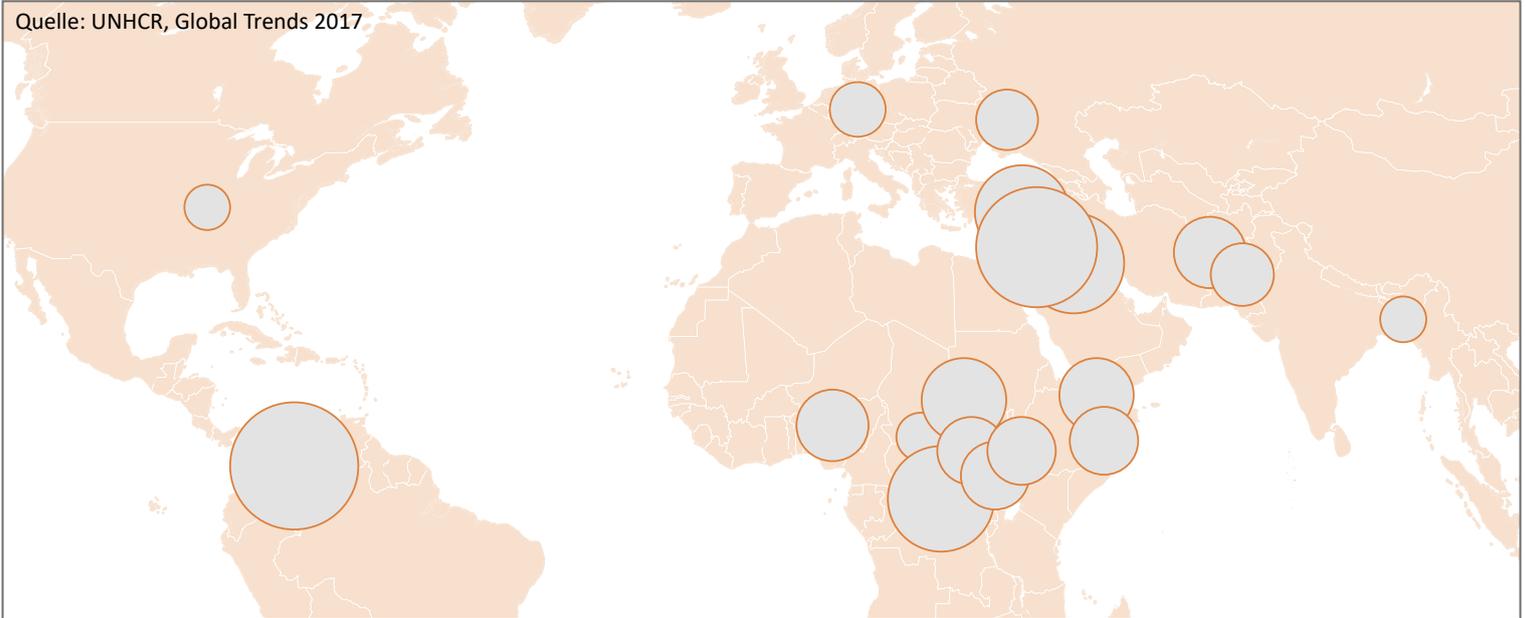
Weltweite Flucht- und Vertreibung



Krieg, Verfolgung, Hunger, Armut und Perspektivlosigkeit – verstärkt durch die Auswirkungen des Klimawandels – zwingen mehr Menschen weltweit zur Flucht. Viele Flüchtende werden zu Opfern von Gewalt, Tausende lassen auf ihrer gefährlichen Reise ihr Leben. Doch

anstatt sich vor Flüchtenden immer weiter abzuschotten, sollten sich die EU und insbesondere auch Deutschland dafür einsetzen, globale Ungerechtigkeiten zu beseitigen und ein friedliches Zusammenleben fördern.

Quelle: UNHCR, Global Trends 2017

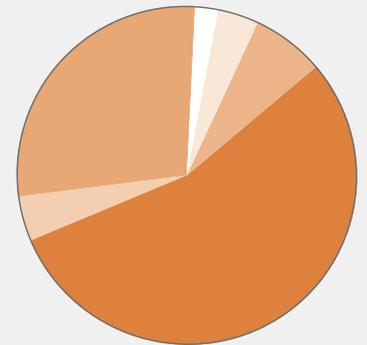


Hier leben die meisten Schutzsuchenden (Stand: Ende 2017)

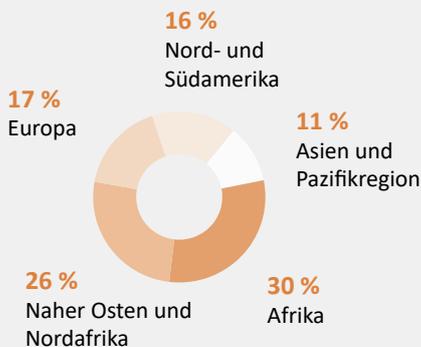
- | | |
|--------------------------|---------------------------|
| 1. Kolumbien 7.747.365 | 11. Somalia 2.187.585 |
| 2. Syrien 7.033.119 | 12. Äthiopien 1.970.983 |
| 3. DR Kongo 5.144.932 | 13. Pakistan 1.852.650 |
| 4. Irak 4.501.786 | 14. Ukraine 1.844.785 |
| 5. Türkei 3.789.320 | 15. Uganda 1.575.148 |
| 6. Sudan 3.323.629 | 16. Deutschland 1.413.127 |
| 7. Afghanistan 2.454.451 | 17. Libanon 1.018.416 |
| 8. Jemen 2.419.806 | 18. Iran 979.525 |
| 9. Nigeria 2.379.195 | 19. Bangladesch 932.334 |
| 10. Südsudan 2.202.145 | 20. USA 929.850 |

Weltweite Verteilung:

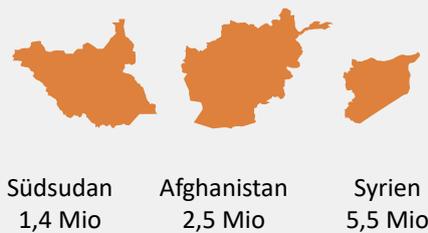
- Binnenvertriebene (54,8%)
- Flüchtende (27,9%)
- Rückkehrer*innen (6,9%)
- Asylsuchende (4,3%)
- Staatenlose (3,9%)
- Andere (2,2%)



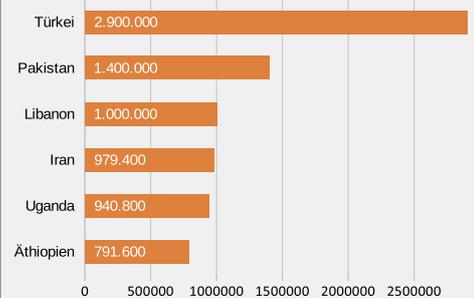
Wo die meisten Menschen auf der Flucht sind



55 % der Flüchtenden weltweit kamen 2017 aus nur drei Ländern



Hauptaufnahmeländer von Flüchtenden



28.300 Menschen fliehen im Durchschnitt pro Tag aufgrund von Konflikten und Verfolgung.

68,5 Mio Menschen waren Ende 2017 weltweit auf der Flucht, davon **40 Mio** innerhalb ihres Landes.

52 % der Flüchtenden sind Kinder unter 18 Jahren. 2009 waren es nur **41 %**.

140 Mio Menschen könnten in den nächsten 30 Jahren vor den Folgen des Klimawandels fliehen.

Weltweite Flucht- und Vertreibung



Der Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen fordert:

- Wirtschafts-, Finanz-, Agrar-, Handels-, und Klimapolitik so zu gestalten, dass sie einen Beitrag zum Schutz der ökologischen und ökonomischen Lebensgrundlagen aller Menschen leisten, z. B. durch
 - ein Moratorium der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit afrikanischen Ländern,
 - ein ambitioniertes, internationales Vorgehen gegen Steuerflucht,
 - den Ausbau erneuerbarer Energien und nachhaltiger Ressourcennutzung, Know-How- und Technologietransfer in die Länder des Globalen Südens und Stopp des Baus neuer Kohlekraftwerke,
 - Förderung von Agrarökologie und Reduzierung von Fleischkonsum und -produktion,
 - Durchsetzung von Menschenrechten in globalen Lieferketten, (vgl. auch VEN Positionen 1/2018)
 - Maßnahmen gegen Ressourcenraub in Form von Landgrabbing und Überfischung durch Staaten oder internationale Konzerne.
- die Nachhaltigen Entwicklungsziele der UN (SDGs) auf allen politischen Ebenen konsequent umzusetzen, Instrumente sind hierfür u. a. die Umsetzung und Weiterentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie sowie der Entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes Niedersachsen sowie die Orientierung des Landeshaushaltes an den SDGs,
- eine Partnerschaft auf Augenhöhe mit afrikanischen Ländern zu befördern und gemeinsam den Aufbau von Wertschöpfungsketten in Afrika voranzutreiben,
- die Expertise von Migrant*innen und Geflüchteten in der Entwicklungszusammenarbeit einzubeziehen,
- Entwicklungsgelder nicht für die Aufrüstung des Grenzschutzes in Afrika zweckzuentfremden und die Zusammenarbeit mit Diktaturen und Unrechtsregimen zur „Migrationskontrolle“ sofort zu beenden,
- Instrumente der zivilen Konfliktprävention und Demokratieförderung zu unterstützen und Rüstungsexporte zu beschränken,
- legale und gefahrenfreie Wege nach Europa zu ermöglichen und Seenotretter*innen nicht zu kriminalisieren,
- die Menschenrechte von Schutzsuchenden und Migrant*innen zu wahren, das individuelle Recht auf Asyl zu gewährleisten und ein gemeinsames europäisches Schutzsystem zu schaffen, in dem rechtskonforme Asylverfahren, menschenwürdige Aufnahme und innereuropäische Solidarität im Mittelpunkt stehen,
- die komplexen Zusammenhänge von globaler Ungleichheit und Flucht in der öffentlichen Diskussion und der Bildung darzustellen und Rassismus und Diskriminierungstendenzen entgegenzuwirken.

Diese Publikation wurde erstellt im Rahmen des Eine Welt-Promotor*innen-Programm in Niedersachsen.
Gefördert von Engagement Global im Auftrag des BMZ und dem Land Niedersachsen.